

# Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Betsch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleider, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befehlsgebühren des Bezirksverbandes, der Amtsgerichtsmannschaft, Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Ersteinst wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pfg., amliche 50 Pfg., Reklameteil (Serp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Bernruf: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Götz & Gule, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 39

Donnerstag, den 29. März 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

Freitag, den 30. April 1928, vorm. 11 Uhr sollen im Restaurant „Gambrius“ eine Garnitur Pedagogischer, 1 Schafisch in Eisenblech, 1 Schrankprogrammophon mit elektr. Antrieb u. 1 Diplomatenschreibmaschine meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 29. März 1928. Du. I. 3420, 3759 4277/27.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 30. April 1928, vorm. 10 Uhr soll im Restaurant „Gambrius“ in Naumburg eine Schreibmaschine öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, den 29. März 1928. N. V. 378/28.  
Finanzamt.

## Das Gängelband.

Es hat vor sechzig, siebzig Jahren eine Zeit gegeben, da sprach man mit tiefinnerlicher Überzeugung von einer „Nachtwächterrolle“, die der Staat zu spielen habe; er solle sich nicht in all und jedes, besonders nicht in das Wirtschaftsleben hineinmischen, sondern dem einzelnen vollen Freiheit seiner Betätigung geben, ihn ungehindert, aber auch ohne ihn zu führen, die Arme regen lassen. Dieses „Manchesterium“ war absoluter Glaubenssatz gerade des deutschen Liberalismus, der seitdem auch grundsätzlicher Gegner der Jölle war und blieb, weil sie einen Eingriff des Staates in den natürlichen Gang der Dinge, z. B. in den „Kampf ums Dasein“, darstellten. Aber diese damals triumphierende Anschauung ist bis auf geringe Reste geschwunden; der konservative Gedanke vom „Vater Staat“, die Notwendigkeit, für die Staatsbürger zu „sorgen“, war stärker und dazu kam dann noch der neue, von ganz anderen Ursprüngen ausgehende, aber praktisch zu ähnlichen Anschauungen führende Gedanke des Sozialismus. Das Resultat ist schließlich über die reine staatliche „Fürsorge“ hinausgegangen zu der Auffassung eines „Staatsanstrichs“ an den Staat in allen nur denkbaren Fällen der Not. Zweifelslos hat das zu einer starken Verkümmern des Gedankens der Selbsthilfe geführt; alles schreit sofort nach Staatshilfe, wenn die geringsten Schwierigkeiten entstehen.

Es ist ganz gut, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei der Eröffnungsfest der Königsberger Reichsbankgebäude auch einmal auf diese wenig erfreuliche, weil von wenig Selbstbewußtsein, Überlegenheit und innerer Kraft zeugende Entwicklung hingewiesen hat. „Wir starren alle wie gebannt auf das Jdöl des Staates und, wenn es einem von uns schlecht geht, dann ruft er sofort nach der Hilfe des Staates.“ Dr. Schacht bezeichnet das auch als im Widerspruch stehend zum wirklichen Gedanken der Demokratie — um es auf eine kurze Formel zu bringen: der Staat ist denn doch nicht für den Bürger da, sondern der Bürger muß sich als tätiges Glied des Staates ansehen. Demokratie heißt eben, an die Stelle der Auffassung vom „Vater Staat“ das Bewußtsein der Selbstverantwortlichkeit treten zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkt aus richtet Dr. Schacht die jetzt besonders aktuelle Mahnung an die Kreise, die es hören sollen und — hoffentlich! — auch hören wollen, bei der an und für sich unbedingt notwendigen Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens alles nur von obenher zu machen, aber auch alles nur von obenher zu erwarten. Das gesamte deutsche Genossenschaftswesen, nicht zuletzt das landwirtschaftliche, ist ja aus eigener Kraft entstanden und in gewaltiger, noch stetig wachsender Form ausgebaut worden. Hier seitige der Gedanke der Selbsthilfe ganz großartige Resultate und ere darf nicht unterdrückt werden von oben- oder pessimistisch aufgegeben werden von untenher. Gewiß haben die schweren Schicksalsschläge der letzten anderthalb Jahrzehnte die Unterdrückung besonders schwer betroffener Berufsstände und Wirtschaftszweige durch das Ganze, also den Staat, notwendiger gemacht, als dies vordem zu geschehen brauchte. Aber deswegen darf der Staat immer noch nicht als ein Versorgungsheim betrachtet werden, wo man draußen nur an der Glode zu stehen braucht und die Tür sofort weit aufgesperrt wird mit der lebenswürdigen Aufforderung, schnellstens hineinzuflüchten.

Statt daß wir nun anfangen, von unten auf das Genossenschaftswesen zu reorganisieren, sehen wir wieder, wie der Staat von oben her die Dinge meistens zu müssen glaubt, tadelt Dr. Schacht sehr mit Recht. Bequemer mag es — vielleicht — für den einzelnen sein, sich von obenher an das Gängelband nehmen zu lassen, aber es widerspricht dem ursprünglichen, dem großen Gedanken des Genossenschaftswesens. Nicht umsonst nannte Schulze-Delitzsch seine Gründung den Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften, folgte ein Ralfelsen ihm in dieser Anschauung auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Leider aber sind wir schon viel zu weit auf einem ganz anderen Wege vorwärtsgegangen, der uns einer allgemeinen Verstaatlichung offenen oder noch versteckten Charakters immer näher führt und uns auch immer mehr die Kraft zur Selbstverantwortung und Selbsthilfe vergessen läßt. Es ist also wirklich die höchste Zeit, daß man sich auf eine Umkehr bekennt.

## Der Reichshaushalt für 1928 angenommen

### Finanzlage und Reparationen.

Deutscher Reichstag.

(412. Sitzung.) OB. Berlin, 28. März.

Für die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung wird vom Ausschuss eine schärfere Kontrolle der Ausgabebewilligungen vorgeschlagen. Abg. Gifferting (Soz.) vertritt die Ansicht, daß der Etat sich unsozial entwickelt habe. Für den Ergänzungsetat sei keine Deckung vorhanden.

Abg. Dr. Cuno (Dtn.) tritt für eine Stärkung der Stellung des Finanzministers ein. In einem guten Finanzgleichgewicht werden wir durch die Darlehensverbindungen behindert.

### Diese Bluttat aus Ausland

lastet auf jedem einzelnen. Jede deutsche Familie ist mit 600 Mark an den Auslandsschulden beteiligt.

Abg. Reubner (Komm.) schiebt dem Zentrum „für das Elend der Millionen“ die Schuld zu, während Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bedauert, daß das Steuervereinfachungsgesetz lang- und langsam verschwunden und der Weg der Zollsenkung verlassen worden sei.

Abg. Dr. Cremer (D. Wp.) betont, daß an der Spitze der Finanzpolitik der Grundgedanke stehen müsse,

### die Steuerkraft der Wirtschaft zu schonen,

damit sie den Wiederaufbau aus eigener Kraft und nicht durch dauernde Abhängigkeit vom Auslandskapital vornehmen kann.

### Reichsfinanzminister Dr. Röhler

nimmt den Vorschlägen des Ausschusses zu, die eine solide Staatswirtschaft und klare, durchsichtige Finanzwirtschaft anzustreben. Von einer verschwundenen Reichsfinanzwirtschaft kann keine Rede sein. Der Minister weist darauf hin, daß allein die Reparationen von 1924 bis 1927 um mehr als 800 Millionen gestiegen seien. Die Ablösung der Markanleihen habe einen Mehraufwand von 350 Millionen verursacht, die Soziallasten und die Erwerbslosenfürsorge seien um 500 Millionen gestiegen, die Ruhegehälter um 400 Millionen. Man könne also nicht davon reden, daß die Milliardenreferre nutzlos veran ist. Der Minister bepricht dann die Anteilspolitik und fordert

### größte Sparsamkeit auf allen Gebieten

der öffentlichen und der privaten Wirtschaft. Eine übermäßige Neuderschuldung der öffentlichen Hand würde unsere Wirtschaft, Finanz- und Währungsposition gefährden. Auslandsanleihen des Reiches und der Länder sind zurzeit nicht ratsam. Nach dem in Kürze zu erwartenden Abschluß der Prägung wird die endgültige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß der Anleihen getroffen werden.

### Das Schicksal der Grenzländer.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht betonte in seiner in Königsberg i. Pr. gelegentlich der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes gehaltenen Rede, daß Ostpreußen im Verhältnis zum übrigen deutschen Vaterland in besonders schwieriger Lage sei, „da auf diesem Land eine große leistungsfähige Last liege. Von drei Seiten sei Ostpreußen von fremden Nationen umbrannt, ein Druck, der sich auf jeden einzelnen lege. Gerade er (Schacht), der aus der deutsch-baltischen Grenzmark stamme, habe hierfür tiefes Empfinden. Es scheine das Schicksal aller Grenzländer zu sein, daß sie von den übrigen Gauen in ihrem Wert nicht immer richtig eingeschätzt und oft verkannt werden. Ostpreußen sei für Deutschland immer von großer Bedeutung gewesen. Dieses deutsche Land habe seine deutsche Kultur freis in einer Weise bewiesen, daß es das übrige Deutschland immer wieder in Erstaunen gesetzt habe. Kaum ein anderes Land habe so viel deutsche Kultur dem übrigen Reich gegeben wie Ostpreußen. Deutschland wisse, was es an Ostpreußen habe und es werde Ostpreußen nie fallen lassen. Ostpreußen sei uns niemals eine Erinnerung, es sei uns immer noch eine Hoffnung.“

### Handwerk gegen Splitterparteien.

Keine Sondergruppen.

Die bevorstehenden Neuwahlen haben auch in Handwerkerkreisen Bestrebungen aufzuwecken lassen zur Aufstellung besonderer Kandidaten für die Berufsinteressen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenverband als die maßgebenden Spitzenorganisationen des gesamten Berufsstandes lehnen diese Verquickung berufständischer Interessenvertretung mit politischen Bestrebungen ab, da jede Verbindung mit solchen Zielen die berufständische Geschlossenheit des Handwerks gefährden könnte. Grundständig nehmen die Spitzenverbände des Handwerks auch gegenüber den Plänen zur Gründung besonderer Handwerkerparteien eine ablehnende Stellung ein, da neue Parteien wegen der damit verbundenen Zerplitterung lediglich zu einer Schwächung und Schwächung des Bürgertums führen. Die Spitzenverbände des Handwerks halten daher an den Jenaer Beschlüssen aus dem Jahre 1920 fest, die eindrucksvoll vor Versuchen zur Bildung einer selbständigen politischen Handwerkerpartei warnen.

Der Haushalt wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen, ebenso die Entschlüsse des Ausschusses. Zum Haushalt des Reichstages wird ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach der Betrag für den Wirtschaftsbetrieb des Reichstages auf 60 000 Mark erhöht wird. Auch das Haushaltsgesetz wird dann in zweiter Beratung angenommen. Der Ausschuss hat hier Bestimmungen eingefügt, die eine Stärkung der Stellung des Finanzministers bezwecken. Zum Ergänzungsetat werden auch die einen Teil des landwirtschaftlichen Notprogramms bildenden 25 Millionen Mark für die landwirtschaftlichen Genossenschaften bewilligt. In allen drei Lesungen wird ein Initiativgesetzentwurf angenommen, wonach für die

### Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

ein Reichstagsausschuss eingesetzt wird, der das Recht erhalten soll, seine Tätigkeit bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages durchzuführen. Die Schlußabstimmung wird später stattfinden, da hier eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit festgelegt werden muß.

### Die Novelle zum Gesetz über die

Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt wird in zweiter Lesung angenommen, dazu noch ein deutsch-nationaler Antrag, wonach die Beteiligung an der Preußenkasse 5 Prozent des Eigenkapitals nicht übersteigen darf.

Darauf wurde eine kurze Beratungspause eingelegt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die Novelle zur Deutschen Rentenbankkreditanstalt ohne Aussprache in dritter Beratung bis zum zweiten Artikel angenommen. Die Weiterberatung wurde vertagt, weil in den zweiten Artikel noch der Termin des Inkrafttretens des ganzen Notprogramms eingearbeitet werden soll, so daß das sogenannte Mantelgesetz zum Notprogramm überflüssig wird.

In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 368 gegen 5 Stimmen die Einsetzung des 25gliedrigen Ausschusses beschlossen, der bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms überwachen soll. Die namentliche Abstimmung war, wie Präsident Lohde bemerkte, notwendig, um festzustellen, ob die für verfassungsändernde Gesetze notwendige qualifizierte Mehrheit erreicht sei. Das war mit der vorgenommenen Abstimmung geschehen. Die darauf aus dem gleichen Grunde namentlich vorgenommene Schlußabstimmung über das

### Aberleitungsgefetz zur Strafrechtsreform

ergab die Annahme mit 344 gegen 36 Stimmen, also mit der notwendigen Mehrheit.

Damit war die Tagesordnung erledigt und das Haus vertagte sich auf Donnerstag.

## Die Reichstagswahl am 20. Mai.

Beginn der Vorbereitungen.

Der Reichspräsident hat sich Montag nach der Kabinettsitzung dahin entschieden, daß in der Sonnabend-sitzung des Reichstages die Ausschreibung der Neuwahlen für den 20. Mai angeordnet wird. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben von der Terminanberaumung in Kenntnis gesetzt. Die Landesregierungen wurden gebeten, die Gemeindegremien anzuweisen, mit der Auslegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

Reichskanzler Dr. Marx wurde Dienstag vom Reichspräsidenten empfangen. In der Unterredung sollen nähere Besprechungen über die Wahlen stattgefunden haben, deren endgültige Festlegung das Kabinett ja dem Präsidenten überlassen hat, da im Ministeramt selbst keine vollständige Abereinstimmung erreicht wurde. Ein Erlaß des Reichsinnenministeriums über die Auslegung der Listen wird in den nächsten Tagen erfolgen.

## Reibungen in der Landwirtschaftskammer Hannover.

Politische Zusammenstöße.

Bei der Eröffnungssitzung der Landwirtschaftskammer Hannover hielt Oberpräsident Röske eine Ansprache, wobei er erklärte, daß er sich bemühen werde, von den staatlichen Hilfsmitteln so viel wie möglich in die Provinz Hannover hineinbringen zu lassen. In erster Linie müsse man aber durch eigene Arbeit und aus eigener Kraft für den neuen Wiederaufstieg sorgen. Der Vorsitzende des hannoverschen Landbundes, Cordes, wandte sich gegen die Ausführungen des Oberpräsidenten im Provinziallandtag und wies den Vorwurf agitatorischer Aberteilung zurück, wobei er auf die Mängel des parlamentarischen Systems einging. Oberpräsident Röske verwahrte sich im Namen der Staatsregierung dagegen, daß die Tagung der Landwirtschaftskammer zum Lummelplatz agitatorischer Fragen und zum politischen Debattierklub gemacht werde. Die Landwirtschaftskammer sei nicht der richtige Ort, um über die Staatsform und die Politik des Staates zu sprechen. Darauf begann die Kammer ihre geschäftlichen Beratungen.